



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH 3

05.09.2025 Elbe-Jeetzel-Zeitung: „Sie machen sich keine Freunde“ 4

„Sie machen sich keine Freunde“

Atommüll: Behördenvertreter bleiben in Lüchow vage zur verlängerten Zwischenlagerung in Gorleben – lokale Politik stellt Forderung

Lüchow/Gorleben. Wie lange bleiben die 113 Castorbehälter mit hoch radioaktivem Abfall noch im Zwischenlager Gorleben? Diese Frage ist eng verbunden mit einer anderen Frage: Um wie viele Jahre wird die 2034 auslaufende Genehmigung des Lagers verlängert? Trotz hochrangiger Gäste im Atomanlagen-Ausschuss des Lüchow-Dannenberg-Kreistags am Dienstag ist die Öffentlichkeit den Antworten noch nicht viel näher gekommen.

Das liegt einerseits daran, dass es sich um ein komplexes Antrags- und Genehmigungsverfahren über mehrere Jahre handelt – und andererseits am Mauern der Beteiligten. Von „Herumeiern“ sprach gar Ausschussvorsitzender Martin Donat (Soli) und meinte damit vor allem einen der Gäste, nämlich Dr. Christoph Bunzmann, den Leiter der Abteilung Genehmigungsverfahren beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), der Behörde, die letztlich über den Verlängerungsantrag für das Zwischenlager Gorleben durch deren Betreiberin, der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), entscheidet.

Ärger über Salzgitter als Tagungsort

Die Gesprächsatmosphäre im Lüchow-Kreishaus blieb trotz gelegentlicher Spitzen von Donat sachlich und Bunzmann ruhig. „Sie machen sich hier keine Freunde“, hatte Donat wiederholt gedroht. Man habe in Lüchow-Dannenberg schließlich jahrzehntelange Erfahrung in Atomangelegenheiten und mit den zuständigen Behörden gesammelt; Vertrauen spiele eine große Rolle, war zu hören.

Die lange erwartete Gesprächsrunde zwischen rund 100 Behörden, Kommunen und Umweltverbänden – der sogenannte Scoping-Termin – soll am 7. Oktober in Salzgitter stattfinden. Den Ort wollen die wendländischen Akteure als Veranstaltungsort nicht akzeptieren. 35 der etwa 100 Eingeladenen kämen aus der hiesigen Region, zählte Ausschussmitglied Matthias Gallei (Grüne) auf. Für ehrenamtliche Politiker mit Berufsleben wie ihn aufwendig zu koordinieren. „Denken Sie dringend darüber nach“, gab Donat Bunzmann mit auf den Weg – und ließ den Ausschuss auch noch formell über eine Aufforderung an das BASE abstimmen, die Veranstaltung ins Wendland, etwa ins Verdo in Hitzacker, zu holen. „Sie bekommen Ihre Antwort“, kündigte Bunzmann gegenüber Donat an. Zur Erklärung: Beim Scoping geht es darum, den Untersuchungsrahmen der für das Genehmigungsverfahren wichtigen Umweltverträglichkeitsprüfung festzulegen. Dieser Termin nehme noch keine Bewertung für das Zwischenlager Gorleben vorweg, relativierte Bunzmann, sondern definiere lediglich, wo es gelte hinzuschauen.

Dauer der Zwischenlagerung bleibt vage

Über den eigentlichen Antrag der BGZ auf verlängerte Zwischenlagerung in Gorleben gab es einige kleine Informationsbrocken zu hören. Wie lange die neue Genehmigung laufen soll, deutete BGZ-Standortreferent Dr. Tristan Zielinski nur an. Die BGZ werde eine befristete Genehmigung beantragen – also nicht pauschal so lange, bis die Castoren in ein Endlager rollen können.

Der konkrete Zeitraum sei noch nicht festgelegt, sagte Zielinski. Immerhin: Spätestens wenn der BGZ-Antrag beim BASE vorliegt – das soll Mitte nächsten Jahres sein – müsse der Zeitraum feststehen, beschwichtigte Bunzmann die enttäuschten Wendländer. Und er legte einen etwas schärferen Ton nach: Die BGZ solle nicht mit einem langen Zeitraum kommen und das nicht fundiert untermauern können. Eine zeitlich begrenzte Genehmigung sei auch der ausdrückliche Wunsch des Bundesumweltministeriums, sagte Dr. Boris Brendebach, der für diese Behörde mit am Tisch in Lüchow saß. Er ließ durchblicken, dass es bei der BGZ durchaus konkrete Vorstellungen über einen neuen Genehmigungszeitraum gebe – Zahlen nannte aber auch er nicht. Dafür kündigte er ein eigenes Regelwerk für Zwischenlagerung bis Ende 2026 an. Die Lüchow-Dannengerger ärgerten sich über derlei vage Aussagen.

Man fühle sich schlecht informiert, sagte beispielsweise Gallei. Man brauche Zahlen und Fakten, was bei der verlängerten Zwischenlagerung realistisch sei, pochte Landrätin Dagmar Schulz (parteilos) auf Antworten. Ob es nun zehn oder 80 Jahre werden, sei nicht zuletzt relevant für die Gebäude im Zwischenlager, meinte Asta von Oppen, beratendes Mitglied des Ausschusses. Und dass es offenbar gar keine behördlichen Vorgaben bezüglich einer Genehmigungsdauer gibt und dies erst einmal im Ermessen des Anlagenbetreibers zu liegen scheint, wurmt die heimische Politik und Verwaltung.

Wörter: 621
Autor/-in: VON JENS HEYMANN
Seite: 3 bis 3
Rubrik: LOKALES
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Nummer: Ausgabe 212, 2025
Ausgabe: Einzelausgabe
Auflage: 9.093 (gedruckt)¹
9.819 (verkauft)¹
10.088 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,01418 (in Mio)²

¹ IVW 2/2025

² AGMA ma 2025 Tageszeitungen